

[35-5.doc]

**Stadtverordneter Dr. Nils Kößler, CDU:**

Herr Vorsteher,

meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich finde es persönlich unglücklich, dass wir jetzt in einem engen Drei-Minuten-Korsett über ein Thema sprechen müssen, das eigentlich nachher noch auf der Tagesordnung steht und es verdient hat, wenigstens einmal mit ein paar Minuten mehr von den einzelnen Rednerinnen und Rednern behandelt zu werden. Jetzt ist es so, der Oberbürgermeister hat seine Erklärung abgegeben, und ich möchte insofern nur ergänzen - gerade auch für uns als CDU -, dass es hier bei diesem Tagesordnungspunkt nachher nicht darum geht, ob Menschen aus Seenot zu retten sind oder nicht.

Zur Rettung aus Seenot hat sich die CDU zusammen mit der Frankfurter Koalition schon Ende des letzten Jahres klar bekannt, und das ist für uns eine humanitäre und am Ende auch moralische Verpflichtung.

(Beifall)

Der Oberbürgermeister hat einen historischen Rückblick gegeben darüber, dass die Stadt Frankfurt am Main eine weltoffene Stadt ist, eine Stadt, die hilft, und eine Stadt, die die Hände reicht, wenn jemand Hilfe braucht. Das ist unstrittig. Das ist eine wichtige und gute Eigenschaft unserer Stadt, und daran gibt es auch nichts herumzukritteln, meine Damen und Herren. Wir sind uns aber auch einig darüber - und jetzt kommen wir zu dem Bereich, wo auch Ansprüche, und zwar auch Ansprüche an uns selbst, erfüllt werden müssen -, dass wir die hier in Frankfurt lebenden Menschen, die aufgenommenen Menschen, weiterhin bestmöglich integrieren möchten, und dazu haben wir uns auch als Stadtverordnetenversammlung hohe kommunale Standards gegeben, was die Unterbringung angeht und was die Integration angeht. Denn das ist nicht nur ein Dach über dem Kopf.

Dafür gibt es eine Vielzahl von Programmen. Die Stadt Frankfurt geht bei diesen Maßnahmen weit über das hinaus, was sie auf dem Papier nach Vorschriften tun müsste und auch über das, was ihr als Förderung von Bund und Land zurückerstattet wird. Das halten

wir für richtig investiert und wollen das nicht infrage stellen. Allerdings muss man auch, wenn man ehrlich ist, anerkennen und feststellen, dass man bei einer verantwortungsvollen Politik hier darüber sprechen muss, ob und wie viele Menschen wir noch zusätzlich aufnehmen können und ob wir diejenigen, die wir vielleicht aufnehmen wollen, weil es den Betroffenen helfen würde, tatsächlich auch das bieten können, was sie brauchen und was richtigerweise notwendig ist.

Eine würdige Unterkunft ist nur eines, aber ein wichtiger Punkt davon. Die freiwillige Aufnahme weiterer Geflüchteter über das hinaus, was wir nach den Regeln im Land Hessen jetzt schon jede Woche leisten, ist aus unserer Sicht nicht mehr zu tragen.

(Beifall)

Um nachher vielleicht noch einmal in etwas mehr Ruhe darauf einzugehen: Wir bekommen weiterhin jede Woche schon jetzt elf zusätzliche Menschen, die wir unterbringen müssen, und über 400 sind derzeit noch in Notunterkünften, das heißt in Hallen, untergebracht. Was das für die Betroffenen heißt, darüber können wir gerne nachher noch einmal im Einzelnen reden.

Vielen Dank!

(Beifall)